

Reader Friedensfachkräfte

Erstellt von Maxi Siegmund und Uwe-Karsten Plisch

0. Vorbemerkung

Das vorliegende Papier will einen Überblick zum Thema Friedensfachkräfte und Ziviler Friedensdienst in Deutschland geben, nach den gesellschaftlichen und politischen Hintergründen für eine derart wichtige Arbeit fragen sowie die innergesellschaftlichen Probleme beleuchten, die die Aufgabe eines zivilen Friedensdienstes heute bedenklich erschweren.

1. Definition

Im Zivilen Friedensdienst (**ZFD**) wirken staatliche und nichtstaatliche Träger zusammen, um Hass und Gewalt zu vermeiden, Verständigung zu erleichtern und Konflikte zu überwinden. Dies zu lernen und weiterzuvermitteln, ist jedoch nicht mit Interessenkonfliktvermeidung an sich gleichzusetzen, denn eine gesellschaftlich transparente, demokratische und grundsätzlich gewaltfreie Auseinandersetzung zu verschiedenen Themen ist durchaus fruchtbar und gesellschaftsfördernd. Aus diesem Blickwinkel wird dann auch die begriffliche Bestimmung zu *Konflikt* deutlich, denn dieser umfasst mehr als nur Interessengegensätze, vielmehr Interessengegensätze – deshalb auch Konflikte –, bei denen die jeweiligen Parteien fest entschlossen sind, ihre Anliegen durchzusetzen.¹

2. Geschichte und Struktur

Der Zivile Friedensdienst, gelegentlich auch Friedensfachdienst genannt, ist ein relativ junges Kind in der Entwicklungszusammenarbeit; die staatliche Verbindung erfolgt über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (**BMZ**), die Schnittstelle zwischen BMZ und Projektpartner ist das Sekretariat ZFD. Geförderte Projekte müssen den zwischen BMZ und den Entwicklungs- und Friedensdiensten festgelegten Richtlinien entsprechen, um bestimmten Qualitätsstandards zu genügen. Antragsberechtigt sind die sechs in Deutschland offiziell als Entwicklungsdienste anerkannten Träger, wovon auch fünf im ZFD engagiert sind. Neben dem **DED** (Deutscher Entwicklungsdienst) sind **EIRENE**, **AGEH** (Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. – Personaldienst der deutschen Katholiken für internationale Zusammenarbeit), der Weltfriedensdienst (**WFD**) und Dienste in Übersee/Evangelischer Entwicklungsdienst (**EED**) aktiv. Ebenso sollen weitere Organisationen wie die in der **AGDF** (Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden – die evangelische Dachorganisation von Friedens- und Entwicklungsdiensten) und dem Forum Ziviler Friedensdienst zusammengeschlossenen Dienste wie **pax christi** oder **Peace Brigades International** und andere Projektträger erwähnt werden, die alle in dem Konsortium Ziviler Friedensdienst vertreten sind.

So setzte sich der ZFD als Ziel, Maßnahmen lokaler Trägerorganisationen in Krisenregionen zu unterstützen, die präventiv an gewaltsamen Konflikten arbeiten, die die Ursachen von Konflikten zu beseitigen suchen und auf friedliche Konfliktlösung hinarbeiten sowie sich

¹ http://www.hiik.de/de/index_d.htm.

langfristig für den Aufbau friedensfördernder Strukturen einsetzen und nachhaltige Friedenssicherung unterstützen. Elementar ist dabei die Orientierung an den Bedürfnissen der lokalen Partner, die Gewährleistung von Vermittlung und Unterstützung und Förderung von Qualifizierungs- und Trainingsangebote für MultiplikatorINNen vor Ort.² Ein wesentliches Moment ist die Konfliktnachsorge.

Begonnen hatte die zivile Konfliktbearbeitung gleichzeitig mit dem Aufmarsch internationaler Truppen im ehemaligen Jugoslawien und der Suche nach anderen als militärischen und gewaltsamen Mitteln der Konfliktbewältigung. 1995 setzte sich das Bestreben im Zivilen Friedensdienst durch, Friedensfachkräfte auszubilden. Und so unterscheidet man seit 1999 folgende Formen der ZFD:

- 1. Soziale Friedensdienste**, die sich vornehmlich an junge Erwachsene richten und demzufolge auch als Lerndienste in sozialen Arbeits- und Konfliktfeldern im In- und Ausland konzipiert sind.
- 2. Friedensfachdienste**: Sie setzen eine Qualifikation als Friedensfachkraft voraus und werden dem Entwicklungsdienst gleichgestellt, deshalb ist der Fokus auch auf Konfliktbearbeitung, nicht auf den Lernaspekt für die Teilnehmenden gerichtet.
- 3. Entwicklungsdienst**: Er ist vorrangig um die Schaffung gerechter Strukturen bemüht, auch hier sind starke Überschneidungen mit Friedensfachdiensten zu finden.

Gelegentlich finden sich Mischformen zwischen sozialem Friedensdienst und Friedensfachdienst, und man unterscheidet weiterhin qualifizierte Freiwilligendienste, bei denen der friedenspolitische Effekt und der Lernaspekt ungefähr gleichgewichtet sind. Das findet auch seinen Niederschlag in der Terminologie, sodass der zivile Friedensdienst als Friedensfachdienst eingeordnet oder sogar die Begriffe synonym verwendet werden. Ein erster Ausbildungskurs zur Realisierung eines Zivilen Friedensdienstes als Fachdienst fand 1997 statt.

Weiterhin wird unterschieden, ob eine Ausbildung bzw. Qualifizierung sich an interessierte Einzelpersonen oder an Friedensdienstprojekte, die Personal für Auslandseinsätze in ziviler Konfliktbearbeitung ausbilden wollen, richtet. Träger der Ausbildung sind u.a. die **Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden** und das **Forum Ziviler Friedensdienst**, neben dem **Bund für Soziale Verteidigung**, der **Kurve Wustrow** und dem **Ökumenischen Dienst**. Die auszubildenden TeilnehmerINNen werden in bewusst kleinen Gruppen, die sich aus Deutschen und MitarbeiterINNen von NGOs aus Krisenregionen zusammensetzen können, von zwei TrainerINNen und einer wechselnden Zahl von kurzzeitig anreisenden FachreferentINNen unterrichtet und weitergebildet.³

3. Richtlinien

Neben den anerkannten Zielen und Mitteln der Zivilen Zusammenarbeit gibt es auch Voraussetzungsrichtlinien, die erfüllt werden müssen. Wesentlich ist, dass Fachkräfte **auf Verlangen** von Konfliktparteien in Krisenregionen arbeiten und den Kontrahenten nicht aufgenötigt werden. Denn ohne ein Anzeichen des politischen Willens zu gewaltfreier Konfliktlösung bzw. zur Beendigung von Gewalt ist die Wirkung friedensfördernder Maßnahmen kaum möglich. Daraus ergibt sich auch das Selbstverständnis der Mitarbeiter, die sich als Gäste im jeweiligen Land verstehen und an lokale Partner gebunden sind. Keine Zusammenarbeit erfolgt in der Regel, wenn die Sicherheitslage in der jeweiligen

² www.ziviler-friedensdienst.org/main.html.

³ www.dfg-vk.de/4_3/99_4_g.htm

Krisensituation dies nicht zulässt. Dazu gehört auch, dass allein der Kontakt zu internationalen Organisationen für einheimische Träger gefährlich sein könnte. Es ist nötig im Auge zu behalten, dass Internationale Organisationen und HelferInnen – wenn auch unter schwierigen Bedingungen – das Land verlassen können, die Einheimischen vor Ort dagegen nicht.

Zu berücksichtigen ist, dass, bevor es zur Verfügungsstellung der fachlichen und politischen Kompetenz von Seiten der Fachkraft kommt, oftmals ein gemeinsamer Prozess der Annäherung beider Seiten der eigentlichen Aufgabe, dem gemeinsamen Analysieren der Probleme und der Bewältigung der Konfliktsituation, vorangehen muss. Es geht nicht darum, dass die Friedensfachkraft den Kontrahenten sagt, wie sie den Konflikt lösen können. Im Gegenteil, sie hat die Aufgabe, diese Parteien zu ermutigen, im gemeinsamen Prozess jeweils den Konflikt von der gegenseitigen Perspektive aus wahrzunehmen und zu analysieren.⁴

Die Zulassung zu einer Qualifizierung zur Friedensfachkraft im Rahmen des Entwicklungshelfergesetzes (EhfG) wird berufs- und lebenserfahrenen Frauen und Männern nach entsprechenden Vorgesprächen, da der Einsatz ein Mindestmaß an psychischer und physischer Belastbarkeit voraussetzt⁵, erteilt. Sie mussten sich 1999 fünf Millionen D-Mark teilen, die vom BMZ für den ZFD zur Verfügung gestellt wurden. Für das Jahr 2000 wurde das Doppelte erwartet.

4. Kosten

Die Ausbildung zur Friedensfachkraft hat ihren Preis. So kostet z.B. beim Forum ZFD/Akademie für Konflikttransformation ein viermonatiger Qualifizierungskurs, der in vier Module plus Trainings for Peace zur Qualifikation von Friedensfachkräften unterteilt ist, 7850,00 Euro. Vermittelt wird Fachwissen zu Konfliktlinien, deren Ursachen und Bearbeitung. Der Teilnehmende soll nach Abschluss der Ausbildung in der Lage sein, in Konfliktsituationen zu beraten, zu vermitteln sowie an der Schaffung von langfristigen und nachhaltigen Strukturen in Verständigungs- und Versöhnungsprozessen mitzuwirken. Im Vordergrund stehen deshalb Mediation, Dialogfähigkeit, Teambuilding und Moderation mittels Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung.⁶ In den letzten Jahren hat sich das Theaterspiel als wichtiges Mittel innerhalb der Konfliktbewältigung etabliert, denn das szenische Spiel dient zum einen als Übungsmodell und ist zudem ein wichtiges Element im Aufarbeitungs- und Versöhnungsprozess.

Seit wenigen Jahren werden auch universitäre Masterstudiengänge und Weiterbildung u.a. an der FernUniversität Hagen/Institut Frieden und Demokratie angeboten. Hier liegt der Schwerpunkt im wissenschaftstheoretischen und grundlagenorientierten Bereich, daraus resultiert auch die Vermittlungsausrichtung: systematisches Wissen über Kriegs- und Friedensursachen, über Konfliktverläufe und Friedensprozesse sowie über alte und neuartige Konfliktregelungen und Konfliktbearbeitungsverfahren.⁷

Allerdings gibt es heute auch Wochenendworkshops und Online-Kurse, bei denen jedoch zu fragen ist, inwiefern diese eine grundlagen- oder praxisorientierte Ausbildung ersetzen können. Auch hier reicht das Spektrum von freier bis zu einer teuren zertifizierten Ausbildung.

Träger der Kosten sind in der Regel die einzelnen Institutionen, die ihr Entsendungspersonal theoretisch und praktisch auf die Auslandseinsätze in Krisenregionen vorbereiten. Für Einzelpersonen, die aus Interesse eine Weiterqualifikation anstreben, besteht die Möglichkeit einer Absetzung der Kosten über die jährliche Steuererklärung.

⁴ www.treffpunkt-ethik.de/default.asp?id=907.

⁵ <http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensfachkraft>.

⁶ www.forum-zfd.de/_data/1-Qualifizierungskurs2005bmitTFP_Modul3.pdf

⁷ www.fernuni-hagen.de/frieden.

5. Verhältnis zu Militär und Bundeswehr

Der Zivile Friedensdienst entwickelte sich als Gegenstück zum Militärhandwerk, einem der ältesten und mächtigsten Gewerbe, welches vielen Wandlungen im Laufe der Jahrtausende unterlag, jedoch immer auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam zum Zweck der kollektiven physischen (und auch psychischen) Gewaltanwendung in Form von Krieg oder gewaltsamen Konflikten basierte. Militär ist allgegenwärtig und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens präsent, wenn auch oft unbemerkt. Es steht im Zentrum der politischen Macht, der so genannte Verteidigungsaspekt ist nur einer von vielen und keineswegs der wichtigste.

Nach ihrem Selbstverständnis setzt auch die Bundeswehr auf die Verhütung von Konflikten und Krisen und militärische Nachsorge von Problemregionen, sicherlich auf ihre Art und Weise. Laut GG Art. 87a ist für die Bundeswehr als Zweck nur der Verteidigungsfall vorgesehen.⁸ Dieser Zweckbestimmung wird eigentlich schon nicht mehr entsprochen, wenn die Bundeswehr präventiv vorgeht⁹, und ebenso wie viele andere Armeen ist auch die Bundeswehr ein *global player*. Wirft man einen Blick auf das bundesdeutsche und europäische Militär, werden die Größenverhältnisse leicht erkennbar, denn 80.000 Männer und Frauen gehören zur Eingreiftruppe (angriffsfähige Einheiten) der EU, wovon die Bundeswehr 18.000 stellt. Der schnellen Eingreiftruppe der NATO gehören 21.000 Männer und Frauen an, 6.000 davon kommen aus Deutschland. Weiterhin gibt es noch 70.000 deutsche Stabilisierungskräfte, die sich über den ganzen Erdball verteilen lassen.¹⁰

Als weiteres Beispiel soll die deutsche Ausbildungshilfe für die Armee im Irak dienen. Im Herbst 2004 waren 30 deutsche Ausbilder für 120 irakische Soldaten abkommandiert zu deren Umschulung auf Mercedes-Militärfahrzeuge, von denen die Bundesrepublik dem Irak einhundert schenkte. Rückblickend stellten die Ausbilder fest, dass der Umgangston freundlich, aber aufs Wesentliche beschränkt war. Kulturelle Unterschiede oder religiöse Fragen wurden demonstrativ ausgeblendet. Der Wiederaufbau wird damit aufs Materielle reduziert.¹¹

Seit 1999 waren 191 Friedensfachkräfte aus den verschiedenen Organisationen im Zivilen Friedensdienst zusammengeschlossenen Konsortium in 40 Konfliktgebieten weltweit tätig.¹² Auch hier sind die quantitativen Missverhältnisse und der dringende Handlungsbedarf deutlich sichtbar, denn weltweit waren allein im Jahre 2004 230 politische Konflikte auf der Agenda, davon drei Kriege und 33 ernste Krisen, was zusammen 36 Konflikte mit hohem Gewaltpotential ergibt. Weitere 51 Konflikte weisen teilweise Kriterien einer Krise auf, da Gewalt als Durchsetzungsmittel zum Einsatz kam. Weiterhin finden sich auch 143 bisher gewaltfreie politische Konflikte über den Erdball verstreut, 66 manifeste, in denen Gewalt wenigstens verbal angedroht, aber noch nicht ausgeführt wurde, und 77 latente, bei denen man

⁸ Der entsprechende Abschnitt lautet: „(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.

(2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.“ (Mit diesen Ausnahmen ist etwa die Entlastung der Polizei in Krisenfällen *im Inland* gemeint. Auf diese grundgesetzliche Beschränkung der Bundeswehr auf Verteidigungsaufgaben zielt der (mehrfach wiederholte)schnoddrige Satz von Ex-Verteidigungsminister Peter Struck (SPD), Deutschland werde „auch am Hindukusch verteidigt“.

⁹ www.bundeswehr-karriere.de/C1256D9600308C25/vwContentFrame/N25SSLF4654MENRDE

¹⁰ www.jusos.org/modules.php?name=News&file=article&sid=519.

¹¹ www.dw-world.de/dw/article/0,1564,1433704,00.html

¹² Zeitung des Forums Ziviler Friedensdienst e.V., 3/2005.

mitunter eine Entwicklung noch schwer abschätzen kann.¹³ Nur ein kleiner Teil der Konflikt war zwischenstaatlicher Natur.

Einer der wichtigen Vordenker und Förderer des ZFD und der Begründer der modernen Friedensforschung ist Johan Galtung. Wie wohl kaum ein anderer Wissenschaftler und Friedensaktivist hat Galtung die einschlägige internationale Diskussion beeinflusst, bereichert und herausgefordert. Seiner Auffassung nach ist das auf Krieg und Frieden bezogene Tun und Denken der Menschen in einem hohen und bisher unterschätzten Maße von der (tiefen)kulturellen Konstitution ihrer Zivilisation und Gesellschaft abhängig. Deren Analyse und kritisch-konstruktive Veränderung wird somit zur zentralen Aufgabe aktueller Friedenswissenschaft und konfliktbearbeitender Praxis. Zentral ist dabei die Frage nach den kulturellen Reserven und Ressourcen des Friedens.

Von Anbeginn, d.h. seit den Interventionen im ehemaligen Jugoslawien sehr umstritten ist die Zusammenarbeit zwischen Militär und zivilen Organisationen, die in diversen Nachkriegssituationen stark ausgebaut worden ist. Die CIMIC (Civil Military Cooperation) soll dort wirken, wo das Militär Aufgaben übernehmen muss, für die die Soldaten nicht ausgebildet sind und eigentlich dem militärischen Grundverständnis nach auch nicht ausgebildet werden können, denn sie sind und bleiben eben bewaffnete Soldaten und nicht vermittelnde, gewaltfrei agierende Fachkräfte. Der nächste kooperative Konflikt tut sich auf, wenn Friedensorganisationen oder auch NGOs in dem von der «großen Politik» festgelegten Rahmen als Instrument des Militärs zur Konfliktbewältigung in Nachkriegssituationen eingesetzt werden. Zudem besteht ein grundsätzliches Strukturproblem im Finanzsektor. Während das Militär über enorme finanzielle Ressourcen verfügt, sind die Mittel für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung sehr begrenzt, wenn nicht fast lächerlich. Trotzdem war es für das friedensaktive Fachpersonal im Bosnienkrieg eine Erleichterung, wenn in gefährlichen Situationen die jeweils richtigen Militärkräfte auftauchten und die Lage – wenigstens kurzfristig – entschärften. Weiterhin durfte man die militärischen Kommunikations- oder Transportmittel mit benutzen, doch tut sich auch hier die Frage auf, warum es den Friedensfachkräften an diesem materiellen Vorsprung mangelt.

Doch die eigentliche Spannung bleibt bestehen. Durch „humanitäres“ Militär wird letztlich humanitäre Arbeit gefährdet, weil die Voraussetzungen und Ansätze zu konträr verlaufen.

So beklagt die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“, allerdings eine nicht als spezifisch friedensfachdienstlich tätige Organisation, vor allem in Bezug auf konkrete Nachkriegssituationen, dass, wenn militärische Einsätze mit humanitären Motiven begründet und legitimiert würden (wie im Fall des Kundus-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan), dies die humanitäre Hilfe politisiere, der Organisation in den Augen der Bewohner der Krisenregionen die so wichtige Neutralität nehme und damit die Arbeit als auch die MitarbeiterINNen zu potentiellen Zielscheiben mache. Dies war dann auch der Grund, warum die „Ärzte ohne Grenzen“ Afghanistan im Juni 2004 verlassen haben.¹⁴

Des Weiteren sind die Vorgaben zur Stabilisierung einer Krisensituation zu verschieden. Während die einen auf Wunsch kommen und sich in Mikroschritten den Konflikten annähern bzw. sich bemühen, die Konfliktparteien gewaltfrei einander anzunähern, brechen die anderen mit einer gewaltsamen Welle über das Land ein, was weder Vertrauen noch Nachhaltigkeit schaffen kann. Die extern erzwungene Stabilisierung der Situation müsste dann langfristig in eine intern getragene Stabilität transformiert werden. Die Neben-Akteure dieser Transformationen sind entwicklungspolitische Organisationen und Friedensorganisationen. Doch in der Regel werden sie in der Mandatsdefinition kaum erwähnt, wenn die Armee ihren Auftrag gegenüber einer „Armee des Terrors“ etc. erhält.

¹³ http://www.hiik.de/de/index_d.htm.

¹⁴ <http://www.gsoa.ch/gsoa/zeitung/117/index.php?selection=8>

Bei der Beurteilung von CIMIC wird auch kritisiert, dass Habenichtse – eben jene qualifizierten Friedensfachkräfte – neben einem finanziell hochpotenten Militär agieren sollen. Ein Blick auf die jeweiligen Etats macht auch verständlich, wieso eine derartige Benennung der Kooperationspartner angemessen erscheint. Für das Haushaltsjahr 2005 wurden – damit die Bundeswehr ihren Auftrag erfüllen kann – dem Verteidigungsministerium als finanzielle Grundlagen der so genannte Plafond von 23,9 Milliarden Euro und 94 Millionen Euro aus der Verwertung beweglichen Vermögens sowie 40 Millionen aus einem Vorgriff auf zu veräußernde Liegenschaften zur Verfügung gestellt. Gegenüber den verfügbaren Haushaltsmitteln für das Jahr 2004 war das ein Zuwachs von ca. 200 Millionen Euro mit steigender Tendenz für die nächsten Jahre. Die Betriebsausgaben mit 73,2% des Plafonds verschlingen den Löwenanteil des Haushaltes, der darin enthaltene größte Posten von 12 Milliarden Euro geht an das Personal, d.h. an die rund 270.000 SoldatINNen und 120.000 zivilen MitarbeiterINNEN der Bundeswehr. Und weil Personalkosten wie in allen Bereichen als zu hoch befunden werden, soll dieser Anteil der Betriebsausgaben in den nächsten Jahren stetig sinken, um mehr Mittel für Investitionen – auch hier schlägt die neo-liberale Begrifflichkeit zu – frei zu machen. Investitionen der Bundeswehr heißt vor allem militärische Neuanschaffungen¹⁵. Im Vergleich dazu standen dem BMZ im Haushaltsjahr 2005 BMZ 3,8 Milliarden Euro¹⁶ zur Verfügung und dieses Geld geht keineswegs geschlossen in die zivile Konfliktbearbeitung, sondern auch in Entwicklungszusammenarbeit und –hilfe, was Gelder für Noteinsätze im medizinischen und Versorgungssektor einschließt. Eigentlich wären *hier* weitreichende Investitionen nötig.

Ein weiteres Dilemma des ZFD ist die europäische Verfassung, weshalb diese von der Friedensbewegung aufs heftigste abgelehnt wird, und man um eine zivile Verfassung bemüht ist, denn eine gesamteuropäische Verfassung treibt die EU in eine neue Qualität der Militarisierung und allgemein gebilligten Rüstungspolitik.¹⁷ Mit ihrer Zustimmung zur Verfassung verpflichten sich nach Art. 1-40 die Mitgliedstaaten zu einer schrittweisen Verbesserung ihre militärischen Fähigkeiten neben einer Aufrüstungspolitik, die es so in keiner anderen Verfassung gibt. Weiterhin wird es ein Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten laut Art. I-40 Abs. 3 geben. Die Mitgliedstaaten vereinbaren ebenso laut Art. III-210 Kampfeinsätze als Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in deren Hoheitsgebiet. Mit Vorlagen wie diesen wird ein extrem weit gefasstes und nach oben hin offenes Mandat möglich, wie es schon heute im Hindukusch ausgeführt wird. Als sehr riskant gilt ferner die Entscheidungsmacht über ein solches Mandat, über das lediglich der Ministerrat befindet (Art. I-40; III-205). Damit sind das EU-Parlament und die Parlamente der einzelnen Mitgliedstaaten von Mitsprache und Mitentscheidung ausgeschlossen. Die Möglichkeit einer gerichtlichen Kontrolle der Beschlüsse durch den Europäischen Gerichtshof ist durch die Verfassung gemäß Art. III-282 untersagt. Soldaten taugen nicht zur „Vorbeugung“ gegen Anschläge. Diese funktioniert letztlich nur durch die Bekämpfung der Ursachen des Terrors, da Krieg kein Mittel gegen Terror ist, da Krieg an sich Terror ist.

Alternativen zu dem Irrglauben, Militär und Kriege könnten Konflikte lösen, nämlich ein Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung, sind nur im Ansatz vorhanden. Vor allem darf die zivile Konfliktbearbeitung nicht nur der Nachsorge und der nachträglichen Legitimierung von Militäreinsätzen dienen und muss sich von diesen sowohl räumlich als auch personell

¹⁵ www.bmvg.de/C1256F1200608B1B/CurrentBaseLink/W268XGS7160INFODE Vgl. Anhang 2.

¹⁶ www.bmz.de/de/zahlen/deutscherbeitrag/index.html.

¹⁷ Vgl. ansätze 2/2004, S. 22.

distanzieren.

6. Einsätze

Als Freiwilliger kann man sich unter anderem beim Ökumenischen Begleitprogramm in Palästina und Israel bewerben: www.eappi.org/eappiweb.nsf/index-g.htm. Hier werden Basisaufgaben von Freiwilligen übernommen, die einfach darin bestehen können, Kinder zur Schule und Kranke ins Krankenhaus zu begleiten. Ebenso besteht die Möglichkeit, in den Büros bei israelischen und palästinensischen Kooperationspartnern mitzuarbeiten, wichtig ist die Registrierung von Menschenrechtsverletzungen, am Ende steht allerdings die Öffentlichkeitsarbeit im Herkunftsland der Freiwilligen.

In vielen Konfliktregionen ist auch schon die bloße Anwesenheit von ausländischen Mitarbeitern wichtig, damit die einheimische Bevölkerung erkennt, dass ihr Konflikt und die damit verbundenen Probleme ernst genommen und international beachtet und beobachtet werden.

Auf der Internetseite des Friedenskreis Halle e.V. (www.friedenskreis-halle.de/arbeitsfreiwillige-ber6.html) findet sich neben vielen weiteren ein Bericht einer jungen deutschen Frau und ihrer Arbeit im Jugendzentrum in Tuzla/Bosnien-Herzegowina.

Zur Zeit finden sich auf der Homepage des ZFD 20 offene Stellen für Friedensfachkräfte, die unter <http://www.ziviler-friedensdienst.org/main.html> eingesehen werden können. Über die im Anhang genannten Internetadressen können sich Interessierte darüber informieren, bei welchen Organisationen und Institutionen Freiwilligendienste angeboten werden und wo aktueller Bedarf an freiwilliger kurz- und mittelfristiger Arbeit vor allem in Krisenregionen im Ausland besteht.

Anhang 1: Adressen

Mitglieder des Konsortiums ZFD:

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH): www.ageh.de/

Christliche Fachkräfte International (CFI): www.cfi-stuttgart.de/

Deutscher Entwicklungsdienst (DED): www.ded.de/

EIRENE: www.eirene.org/

Dienste in Übersee/Evangelischer Entwicklungsdienst (EED): www.eed.de/

Weltfriedensdienst (WFD): www.wfd.de

sowie die beiden Dachverbände der Friedensorganisationen:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF): www.friedensdienst.de/

Forum Ziviler Friedensdienst (forum-ZFD): www.forum-zfd.de/home/

Anhang 2: Deutscher Rüstungsexport und deutsche Rüstungsausgaben

Oben schon angesprochen wurde das krasse Missverhältnis bei Ausgaben für militärische Belange und für zivile Aufgaben der Krisenprävention und -bearbeitung. Einige Zahlen und Fakten mögen dies verdeutlichen:

Deutscher Rüstungsexport

Unter der rot-grünen Bundesregierung erreichte der deutsche Rüstungsexport im Jahre 2003 mit einem Volumen von 4,86 Mrd. Euro einen absoluten Höchststand und lag damit deutlich über den Rüstungsexporten unter der Regierung Kohl. Im Jahre 2004 ging der Rüstungsexport zwar auf 3,8 Mrd. Euro zurück, lag damit aber immer noch über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Deutschland liegt damit in der Rangliste der größten Rüstungsexporture weltweit konstant auf Rang 4 (hinter den USA, Russland und Frankreich).

Die größte Gefahr für Destabilisierung und Konfliktverschärfung geht dabei nicht vom Export teurer Großgeräte (wie dem Panzer Leopard II) aus, sondern vom Export vergleichsweise billiger Kleinwaffen in Krisenregionen und Entwicklungsländer.

Nach Schätzungen des Roten Kreuzes werden 95 Prozent aller Kriegsoffer weltweit mit Kleinwaffen getötet (Jürgen Grässlin, Zivilcourage 1/05). Besonders dramatisch ist die deutsche Kleinwaffenexportentwicklung unter Rot-Grün. Die rot-grüne Bundesregierung verdoppelte den Wert der Genehmigungen für Kleinwaffenexporte in Drittländer (d.h. in Länder außerhalb von EU und NATO) von 2002 nach 2003 auf 8,6 Mio. Euro. Der Gesamtwert aller Einzelausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen betrug in den Jahren 1996 bis 1998 unter Kohl noch 44,65 Mio. EURO, die entsprechende Summe unter Schröder für 1999 bis 2003 war 183,2 Mio. EURO, was einer jahresdurchschnittlichen Steigerung um 146 Prozent entspricht.

Vgl. den Bericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) unter www.gkke.org.

Deutsche Rüstungsausgaben: Beispiele

Das größte deutsche Rüstungsprojekt aller Zeiten ist der Eurofighter. Noch in den Zeiten des Kalten Krieges konzipiert (zunächst als Jäger 90, dann als Jäger 2000), umfasst es die Anschaffung von 180 Kampfflugzeugen zum Gesamtpreis von 18 Milliarden Euro (in Zahlen:

18.000.000.000 Euro) – Stückpreis demnach 100 Millionen Euro pro Flugzeug. Eine (nachträgliche) Reduzierung dieser militärisch völlig unnötigen Anschaffung wird immer mal wieder diskutiert, wird aber wohl an den Regressforderungen der Rüstungsindustrie scheitern, die durch solche Verträge in Wahrheit hoch subventioniert wird.

Eine ähnlich dreiste Subvention der Rüstungsindustrie (dreist, weil vergleichbare und bessere Maschinen zu günstigeren Preisen auf dem Weltmarkt verfügbar sind) stellt die Anschaffung von 60 Transportflugzeugen Airbus A400 M zum Gesamtpreis von 8,3 Milliarden Euro dar. Hier kommt erschwerend hinzu, dass diese Transportflugzeuge wirklich dringend gebraucht werden – für künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Aufgerüstet wird auch die Marine, z.B. mit dem schweren Seezielflugkörper RBS 15 Mk3, 30 Stück zum Gesamtpreis von 60 Millionen Euro. Zweck des Gerätes: Die Zerstörung von Zielen auf Land von See aus – eine klare Angriffswaffe, kein Verteidigungsgerät (und gegen Terroristen völlig nutzlos).

Wo soviel Geld unterwegs ist, gibt es natürlich auch eine menschliche Seite, deshalb hier zum Schluss eine brandaktuelle Meldung (vom 5.1.06):

Zwei Ex-Generäle der Bundeswehr sind laut „Stern“ nach ihrer Pensionierung in lukrative Posten der Rüstungsindustrie aufgerückt. Das Verteidigungsministerium prüfe nun, ob die ehemaligen Vier-Sterne-Generäle gegen das Soldatengesetz verstoßen haben. Wie das Hamburger Magazin am Mittwoch vorab berichtete, richtet sich die Prüfung gegen die Ex-Generäle Klaus Naumann und Klaus Reinhardt. Nach ihrer Karriere in der Bundeswehr arbeiteten beide heute als gut dotierte Aufsichtsräte für die Rüstungsindustrie. Naumann für die französische Firma „Thales“ und den deutschen Militärausrüster „Odenwaldwerke Rittersbach AG“ (OWR), Reinhardt ebenfalls für die „OWR“, die sich zur Zeit um einen 100-Millionen-Euro-Auftrag der Bundeswehr bemühe. Reinhardt war zuletzt Befehlshaber des KFOR-Einsatzes in Pristina. (Quelle: www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=12621). Anmerkung: Das Soldatengesetz sieht eine fünfjährige Sperrfrist für ehemalige Bundeswehrangehörige vor, ehe sie in Bereiche der Wirtschaft wechseln dürfen, die direkt mit ihrer früheren Tätigkeit zu tun haben. General Naumann ist übrigens nicht irgendein General, sondern der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr.